

# Die Woche im Bundestag



**CDU/CSU** Fraktion im  
Deutschen Bundestag  
Landesgruppe Niedersachsen

## Bundestag berät Bundeshaushalt 2019



Der Bundestag hat abschließend über den Bundeshaushalt 2019 beraten. Darin sind Ausgaben

von insgesamt 356,4 Milliarden Euro vorgesehen, das sind 12,8 Milliarden Euro Mehrausgaben als im laufenden Jahr 2018. Und dennoch kommt auch das Haushaltsjahr 2019 ohne neue Schulden aus, wie schon seit 2014 durchgehend. Wir setzen damit nicht nur die Politik der schwarzen Null fort. 2019 wird erstmals das sogenannte EU-Maastricht-Kriterium erfüllt, wonach die Verschuldungsquote unter 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) liegen muss. Dadurch haben wir nun Raum für notwendige Investitionen.

Wir investieren vor allem in die innere und äußere Sicherheit sowie in die Zukunftsthemen für unser Land. Die im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmen werden weiter Schritt für Schritt umgesetzt. Investiert wird u.a. in Familien. Diese werden durch einen steigenden Grundfreibetrag und das erhöhte Kindergeld ab 2019 finanziell entlastet. Mit einem Anstieg der Investitionen von 143 Millionen Euro auf nun 10,45 Milliarden Euro setzen wir in der Familienpolitik deutliche Akzente. Auch für das Ehrenamt haben wir uns stark gemacht. Wir werden die Freiwilligendienste umfassend stärken. Dazu stellen wir insgesamt 65 Millionen Euro für mehr Plätze sowohl im Freiwilligen Sozialen Jahr und Freiwilligen Ökologischen Jahr als auch im Bundesfreiwilligendienst zur Verfügung. Von den 65 Millionen Euro werden auch die Zuschüsse zur pädagogischen Begleitung erhöht.

## Investitionen für die Sicherheit Deutschlands

Die innere Sicherheit hat für uns hohe Priorität. Der Haushalt 2019 sieht deshalb für Personal, Ausstattung und Förderprogramme Mittel in Rekordhöhe vor. Sicherheitsbehörden erhalten so ab Januar zusätzlich 3.120 Stellen. Dazu zählen die Bundespolizei mit 2.100, das Bundeskriminalamt mit gut 475 und das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik mit 325 Stellen. Zusammen mit den im Haushalt 2018 beschlossenen zusätzlichen Stellen stehen damit bereits gut 4.000 der im Koalitionsvertrag vereinbarten 7.500 Stellen zur Verfügung.



Aber auch der Zoll bekommt mehr Personal. Insgesamt wird die Zollverwaltung

2019 mit 775 zusätzlichen Stellen gestärkt.

Auch bei dem "Pakt für den Rechtsstaat" geht es voran: 24 Stellen entstehen für den Bundesgerichtshof, 37 Stellen für den Generalbundesanwalt. Zusätzlich werden 64 Millionen Euro für geschützte Fahrzeuge der Bereitschaftspolizeien der Länder und 100 Millionen Euro zusätzlich für Fahrzeuge der freiwilligen Feuerwehren für den zivilen Katastrophenschutz bereitgestellt.

Das KfW-Programm „Kriminalprävention durch Einbruchsicherung“ wird ebenfalls mit Fördermitteln von insgesamt 80 Millionen Euro fortgesetzt. In den vergangenen drei Jahren sind den Angaben der KfW zufolge rund 200.000 Wohneinheiten mit einem Fördervolumen von insgesamt 96 Millionen Euro sicherer gemacht worden.

# Dr. André Berghegger: Merkmale des Haushaltes 2019



Der Haushalt hat im parlamentarischen Verfahren gegenüber dem ursprünglichen Regierungsentwurf viele neue Akzente bekommen. Gemeinsam mit unserem Koalitionspartner haben wir gut 300 Änderungsanträge im Ausschuss eingebracht. In absoluten Zahlen hat sich unter dem Strich aber nicht viel geändert: Das Ausgabevolumen haben wir gegenüber dem Entwurf nur leicht reduziert auf nun 356,4 Mrd. Euro.

Wir steigern die Investitionen gegenüber dem Regierungsentwurf nochmals um rund 1 Mrd. Euro auf damit insgesamt fast 39 Mrd. Euro. Bei unseren Investitionen setzen wir klare Schwerpunkte: Wir investieren vor allem in die innere und äußere Sicherheit, aber auch in die Zukunftsthemen und in den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land.

**Welche Maßnahmen sind für Niedersachsen hilfreich?**

Die Menschen in Niedersachsen profitieren in vielerlei Hinsicht von unseren Weichenstellungen im Bund. Im Bereich der inneren Sicherheit stellen wir in den nächsten Jahren beispielsweise zusätzlich 64 Mio. Euro für geschützte Fahr-

zeuge der Bereitschaftspolizeien der Länder und 100 Mio. Euro zusätzlich für Fahrzeuge der freiwilligen Feuerwehren für den zivilen Katastrophenschutz bereit.

Von der extremen Dürre in diesem Jahr ist die Forstwirtschaft auf ähnliche Weise betroffen wie die Landwirtschaft. Deshalb stellen wir auch für die Forstwirtschaft Dürrehilfen zur Verfügung, und zwar 25 Mio. Euro für die nächsten fünf Jahre. An dem Programm zur Wiederaufforstung werden sich die Länder mit demselben Betrag beteiligen.

Die Mittel für den sozialen Wohnungsbau werden mit 1,518 Mrd. Euro auf dem Niveau des Jahres 2018 verstetigt. Damit unterstützt der Bund mittelbar die Länder und Kommunen beim Neubau von Wohnungen und bei der Ausweitung des Bestands an Sozialwohnungen.

Zur Stärkung des Forschungsstandortes Deutschland ist die Gründung von fünf neuen DLR-Instituten (Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt) und deren finanzielle Unterstützung mit 57 Mio. Euro jährlich vorgesehen. Ein Institut ist für die Region Hannover geplant.

Zur Umsetzung der 5x5G-Strategie stehen bis 2022 insgesamt 85,5 Mio. Euro zur Verfügung. Fünf Regionen werden mit diesem Mobilfunkstandard prioritär ausgestattet, um die Forschung zu intensivieren und den Infrastrukturaufbau in diesem Segment zu beschleunigen. Wir sind derzeit in Gesprächen, dass eine Modellregion dabei in Niedersachsen liegen soll.

## #wirhandeln



*Auch der Bereich Kulturförderung spielt eine wichtige Rolle im #Bundeshaushalt2019. Mit 1,9 Mrd Euro stärken wir die Kultur im ganzen Land, nicht nur in der Hauptstadt. Gitta Connemann: "Wer Kultur für alle fordert, muss auch Kultur von allen fördern!" #LändlicherRaum #wirhandeln*



*"Der Verteidigungshaushalt ist eine gute Grundlage für die Sicherheit unseres Landes", sagt Henning Otte. "Wir investieren in Personal und technische Ausrüstung der Bundeswehr". #wirhandeln*

# Albert Stegemann: 3 Fragen, 3 Antworten



**Albert Stegemann (2. v.l.) auf einer Podiumsdiskussion von DLG und bitkom im Rahmen der euroTier in Hannover**

## Welche Chancen ergeben sich aus der Digitalisierung für die Landwirtschaft?

Die Herstellung von Nahrungsmitteln wird in der deutschen Öffentlichkeit sehr intensiv diskutiert. Insbesondere die Tierhaltung spielt in der gesellschaftlichen Diskussion eine immer größere Rolle. Die Digitalisierung bietet eine große Chance diese Debatte aufzugreifen. Denn digitale Systeme werden wesentlich dazu beitragen, die Gesundheit und das Wohlergehen der Tiere weiter zu verbessern. Aber auch beim Einsatz von Dünger oder Pflanzenschutzmittel kann die Digitalisierung helfen, diese zielgenauer und sparsamer einzusetzen. So können die Landwirte effizienter arbeiten und zugleich den gesellschaftlichen Anforderungen besser gerecht werden. Nur mit einer breiten Akzeptanz in der Bevölkerung wird die Landwirtschaft in Deutschland

auch in Zukunft erfolgreich sein.

## Welche konkreten technischen Entwicklungen haben Sie insbesondere für das Wohlergehen der Tiere im Blick?

Moderne Boxenlaufställe mit Melkrobotern oder automatische Fütterungs- und Klimasysteme unterstützen den Tierhalter bereits heute bei der Versorgung seiner Tiere. Große Potentiale sehe ich vor allem bei der Kontrolle der Tiergesundheit und der individuellen Versorgung der Tiere. Mit Sensorsystemen ist es bereits heute möglich, bei jedem einzelnen Tier Verhaltensauffälligkeiten oder Krankheiten frühzeitig festzustellen. Digitaltechniken tragen aber auch dazu bei, die Transparenz bei der Herstellung von Lebensmitteln und deren Rückverfolgbarkeit zu erhöhen. Diese Möglichkeiten müssen wir zur Versachlichung der Diskussion nutzen, aber auch um das Verständnis sowie das Vertrauen in die Landwirtschaft zu stärken.

## Wo sehen Sie die Politik gefragt?

Die Digitalisierung hat ein sehr großes Potential für unsere heimische Landwirtschaft. Voraussetzung für die Nutzung der digitalen Anwendungen auf dem Hof ist aber flächendeckend schnelles Internet. Ohne ein leistungsfähiges Breitband- bzw. Mobilfunknetz im gesamten ländlichen Raum wird es nicht gehen. Zugleich sind Fragen des Datenschutzes, der Datensicherheit und der Datenhoheit zu diskutieren. Nur wenn Landwirte wissen, dass ihre Daten sicher sind und wer darauf Zugriff hat, werden die neuen Anwendungen auch in der Breite genutzt.

# Wer Gastrecht missbraucht, muss unser Land verlassen



**Dr. Mathias Middelberg**

Zu der von Bundesinnenminister Horst Seehofer gegenüber den Medien getätigten Aussage, er schließe Abschiebungen von Straftätern und Gefährdern nach Syrien nicht mehr aus, erklärt der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Mathias Middelberg:

Es ist richtig, dass der Bun-

desinnenminister die Abschiebung von Schwerstkriminellen und Gefährdern jetzt auch für Syrien auf den Prüfstand stellt. In Teilen Syriens ist in letzter Zeit ein Rückgang der militärischen Gewalt zu verzeichnen. Die Zahlen freiwilliger Rückkehrer in das Land steigen, wenn auch auf geringem Niveau. Sollte sich die Lage in Syrien weiter verbessern, sollten Rückführungen nicht mehr pauschal ausgeschlossen werden. Es war und ist richtig, Menschen aus Syrien Schutz vor Verfolgung und Bürgerkrieg zu gewähren. Wer aber sein Gastrecht bei uns massiv missbraucht, muss unser Land wieder verlassen. Ob dies wie derzeit schon bei Irakern künftig auch bei Syrern möglich ist, müssen die Behörden jetzt genauestens prüfen.

## Die Woche im Parlament

**Zweite Beratung des Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019).** Das Haushaltsgesetz 2019 enthält die Einzelpläne aller Verfassungsorgane sowie aller Bundesministerien. Letztere werden im Folgenden näher dargestellt.

**Bundesministerium der Finanzen.** In diesem Jahr wird insbesondere der wichtige Bereich der Zollverwaltung mit 775 zusätzlichen Stellen ausgestattet. Ziel ist es, personell gestärkt nicht nur gegen Umgehungen des Mindestlohns und Geldwäsche vorgehen zu können, sondern auch bei Kontrollen an internationalen See- und Flughäfen besser aufgestellt zu sein. Insgesamt steigen die Ausgaben im Bereich des Einzelplans 08 auf knapp 7,2 Mrd. Euro.

**Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur.** Der Haushaltsausschuss erhöhte den Einzelplan 12 um fast 282 Mio. Euro im Vergleich zum Regierungsentwurf auf insgesamt knapp 29,3 Mrd. Euro. Die zusätzlichen Mittel sind für Infrastruktur, Mobilität und Vernetzung bestimmt. Insbesondere beschloss der Ausschuss Mittel in Höhe von 330 Mio. Euro, um an 118 Bahnhöfen für Barrierefreiheit zu sorgen. Auch für den Bereich automatisiertes und vernetztes Fahren werden ab 2019 zusätzliche Mittel in dreistelliger Millionenhöhe zur Verfügung stehen.

**Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit.** Der Haushaltsausschuss hat eine Aufstockung des Einzelplans 16 um rund 20 Mio. Euro auf knapp 2,3 Mrd. Euro beschlossen. Gefördert werden künftig beispielsweise kommunale Modellvorhaben zur Umsetzung der ökologischen Nachhaltigkeitsziele in Strukturwandelregionen. Investiert wird auch in ein neues Programm gegen die Vermüllung der Meere, mit dem entsprechende Technologie exportiert werden soll.

**Bundesministerium der Verteidigung.** Die Koalition hat im parlamentarischen



Verfahren beschlossen, den Ausgabenrahmen des Einzelplans 14 weiter anzuhäben. Dem Ressort sollen im kommenden Jahr 43,2 Mrd. Euro zur Verfügung stehen, im Regierungsentwurf waren 42,9 Mrd. Euro vor-

gesehen. Gegenüber dem Soll von 2018 steigt der Etat damit sogar um 4,7 Mrd. Euro (+ 12,2%). Diese zusätzlichen Mittel dienen insbesondere der Entwicklung eines Luftverteidigungssystems, der Beschaffung eines U-Boots und der Beschaffung

eines Mehrzweckkampfschiffs. Deutschland wird damit seiner gewachsenen internationalen Verantwortung gerecht.

**Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.** Der Einzelplan 23 soll laut Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses im kommenden Jahr 10,2 Mrd. Euro betragen. Damit steigt er gegenüber dem Regierungsentwurf um 520 Mio. Euro. Dieser Ausgabenanstieg ergibt sich vor allem aus jeweils zusätzlich 100 Mio. Euro für Krisenbewältigung und für die finanzielle Zusammenarbeit, aber auch aus höheren Beiträgen an die Vereinten Nationen und ihre Sonderorganisationen, einem Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose sowie Malaria und einer Sonderinitiative „Fluchtursachen bekämpfen“.

**Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat.** Nach



den Beschlüssen des Haushaltsausschusses wird der Etat des Einzelplans 06 im Jahr 2019 mit 15,8 Mrd. Euro um rund 786 Mio. Euro höher ausfallen als noch im Regierungsentwurf.

Die Mehrausgaben

kommen insbesondere der Bundespolizei und dem Bundeskriminalamt zu Gute. Darüber hinaus werden jeweils 100 Mio. Euro für die Beschaffung von Fahrzeugen für die Bereitschaftspolizeien der Länder und für den Bevölkerungsschutz, insbesondere für die freiwilligen Feuerwehren, zur Verfügung gestellt. Aber auch die Bürgerinnen und Bürger profitieren direkt von dem höheren Etat des Einzelplans 06. So wird das Programm „Kriminalprävention durch Einbruchschutz“ auf dem hohen Niveau des Jahres 2018 fortgeführt und eine App „Die Polizei warnt“ entwickelt, um leicht über die neuesten Maschen von Betrügern zu informieren. Ebenso stehen mehr Mittel für die Städtebauförderung und den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung.

**Bundesministerium für Gesundheit.** Der Einzelplan 15 erhöht sich aufgrund des parlamentarischen Verfahrens gegenüber dem Regierungsentwurf um knapp 35 Mio. Euro auf 15,3 Mrd. Euro. Insbesondere für Modellprojekte zur telemedizinischen Anwendung werden bis zum Jahr 2022 insgesamt 23 Mio. Euro eingeplant.

**Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft.** Der Haushaltsausschuss erhöht den Regierungsentwurf um rund 78 Mio. Euro auf über 6,3 Mrd. Euro. Dies ist vor allem Ergebnis aus Maßnahmen zur Steigerung des Tierwohls und der Berücksichtigung von Dürrehilfen für die Forstwirtschaft, die vergleichbar zur Landwirtschaft von besonderen Trockenperioden in diesem Jahr betroffen sind.

**Bundesministerium für Wirtschaft und Energie.** Der Haushaltsausschuss hat den Regierungsansatz um fast 134 Mio. Euro auf knapp 8,2 Mrd. Euro aufgestockt. Ziel ist neben zahlreichen Fördermaßnahmen des Einzelplans 09 eine Stärkung des Forschungsstandortes Deutschland. Hier schlagen nicht nur insbesondere zusätzliche Mittel in Millionenhöhe zur Förderung der Künstlichen Intelligenz, sondern auch die Gründung von fünf neuen Instituten des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrttechnik zu Buche.

**Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.** Die Koalition hat im Haushaltsausschuss den Ausgaberahmen des Einzelplans 17 um fast 144 Mio. Euro auf rund 10,4 Mrd. Euro angehoben. Ein Großteil des Aufwuchses kommt dem Elterngeld als gewichtigste Leistung in diesem Bereich zu Gute. Daneben wird aber auch beispielsweise der Bundesfreiwilligendienst finanziell gestärkt und Maßnahmen zur Verbesserung der Kinderbetreuung umgesetzt. Zudem werden zusätzliche Mittel für die Erhöhung des Kindergeldes um 10 Euro ab dem 1. Juli 2019 bereitgestellt.

**Bundesministerium für Bildung und Forschung.** Der Haushaltsausschuss hat den Regierungsentwurf des Einzelplans 30 um rund 124 Mio. Euro auf knapp 18,3 Mrd. Euro angehoben. Wesentliche Projekte hierbei sind die Gründung einer Agentur für Sprunginnovationen, mit der die Entwicklung von hochinnovativen Ideen zu neuen Technologien, Produkten und Dienstleistungen mit deutlich marktveränderndem Potenzial gefördert werden sollen. Ebenso werden für Fraunhofer-Institute zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt.

**Bundesministerium für Arbeit und Soziales.** Der größte Etat fällt in der Ausschussfassung mit knapp 145,3 um 1,05 Mrd. Euro höher aus als im Regierungsentwurf. Damit liegt der Ansatz um rund 6,1 Mrd. Euro über dem Soll 2018 (+ 4,4 %). Dieser Aufwuchs ist vor allem auf höhere Ausgabeansätze beim Arbeitslosengeld II sowie bei der Beteiligung des Bundes an den Leistungen für Unterkunft und Heizung zurückzuführen.



**Dritte Beratung des Haushaltsgesetzes 2019.** In einer Schlussdebatte werden die Einzelpläne zusammengefasst und der Deutsche Bundestag verabschiedet das Haushaltsgesetz 2019. Mit einer Verkündung des Gesetzes im Bundesgesetzblatt bis Ende des Jahres kann der Bundeshaushalt 2019 pünktlich zum Jahresbeginn 2019 in Kraft treten

## Daten und Fakten

**Ländergesamtheit erzielt Haushaltsüberschüsse.** Bis September 2018 lag der Überschuss der Gesamtheit der Länder bei 19,6 Mrd. Euro. Erstaunlich ist dies vor allem unter Berücksichtigung der Planungen der Länder, die von einem Finanzierungsdefizit von 3,6 Mrd. Euro ausgingen. Die acht westdeutschen Flächenländer haben von Januar bis September 2018 einen Überschuss von 11,1 Mrd. Euro erwirtschaftet. Die fünf ostdeutschen Flächenländer kamen auf ein Plus von 4,4 Mrd. Euro. Bei den drei Stadtstaaten betrug der Überschuss 4,2 Mrd. Euro. Gleichzeitig stieg das Investitionsvolumen der Bundesländer um 6,0% gegenüber dem Vorjahr an.

(Quelle: Bundesfinanzministerium)

**Öffentliche Schulden sinken kontinuierlich.** Zum Ende des 2. Quartals 2018 lagen die Schulden der öffentlichen Hand in Deutschland bei insgesamt 1.934,433 Mio. Euro und damit um 2,3% niedriger als im Vorjahr. Gemeinden, Länder und der Bund, aber auch die Sozialversicherung konnten dabei den Trend der vergangenen Jahre fortsetzen und ihre Verbindlichkeiten reduzieren. Der Bund verringerte den Umfang seiner Verschuldung gegenüber dem Vorjahr um 1,7%, die Länder im Schnitt um 3,6%. Auch die Gemeinden konnten den Stand ihrer Verschuldung im Schnitt um 2,9% gegenüber 2017 zurückführen. Zwar nehmen einige Länder, wie etwa die Freie und Hansestadt Hamburg, Bremen aber auch Schleswig-Holstein und Niedersachsen in moderater Höhe neue Kredite auf, was im Schnitt aber durch eine außerordentliche Tilgungsleistung durch Sachsen, Baden-Württemberg und Bayern deutlich überdeckt wird. Erfreulich ist, dass die Gemeinden bis auf leichte Zunahmen in Baden-Württemberg und dem Saarland im gesamten Bundesgebiet Schulden tilgen konnten.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

**CDU/CSU** Fraktion im Deutschen Bundestag  
Landesgruppe Niedersachsen

**Vorsitzender:**  
Dr. Mathias Middelberg MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030 – 227 79498  
Fax: 030 – 227 70139  
Email: [stefan.krueppel@cducsu.de](mailto:stefan.krueppel@cducsu.de)  
Internet: [www.lg-nds.de](http://www.lg-nds.de)

**Bildnachweis:**  
Foto Header: Tobias Koch

*Diese Veröffentlichung der Landesgruppe dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.*